

Postgewerkschaft schließt Unmutskundgebungen nicht aus

Utl.: Internes Papier des Postvorstandes sorgt für Aufregung=

Wien (GPF/ÖGB). "Jetzt ist die Katze aus dem Sack! Die Befürchtungen von Personalvertretung und Gewerkschaft werden dadurch bestätigt, und der eingeschlagene Weg, die betroffenen Bediensteten über Vorhaben des Vorstandes zu informieren, stellen sich als richtig dar. Die Zeitschrift News dürfte in der neuesten Ausgabe damit den Nagel auf den Kopf getroffen haben", kommentierte der Vorsitzende der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten, Hans Georg Dörfler, einen Bericht über ein internes Papier des Postvorstandes. Danach sollen 7.000 Arbeitsplätze vernichtet werden.++++

"Der Vorstand der Post AG handelt jetzt wie zu Zeiten der Serie 'Der Kurier der Kaiserin' mit nicht zeitgemäßen Mitteln", so Dörfler. Bei der letzten Aufsichtsratssitzung sei auch von Kapital- bzw. Eigentümervertretern in diesem Gremium die "neue Unternehmenskultur" kritisiert worden.

Dörfler: "Noch führen Personalvertretung und Gewerkschaft keine Kampfmaßnahmen durch, sondern befinden sich auf dem Boden der gesetzlich geregelten Rechte und Pflichten der Personalvertretung. Die Gewerkschaft unterstützt all diese Aktivitäten und wird nach der erfolgreichen Klage wegen der Weihnachtsbelohnung nun auch gerichtlich gegen das Ändern der Mitbesorgungsregelung vorgehen, noch dazu wo der Vorstand das OGH-Urteil zur Weihnachtsbelohnung negiert und dadurch mehr als 5000 Bedienstete ihrer Rechte beraubt".

Der Vorsitzende der Postgewerkschaft weiter: "Neben den Bezirksgerichten zwischen Bodensee und Neusiedlersee werden Tausende Postler auch das Arbeitsmarktservice, wenn es nach dem Willen des Vorstandes geht, in näherer Zukunft verstärkt in Anspruch nehmen". "Die Verunsicherung der Bediensteten - durch die eigenen Berechnungen von News sind rund 7000 Mitarbeiter der Post AG durch den Personalabbau betroffen - wird von Stunde zu Stunde größer. Eine neue Zeitrechnung hat begonnen. Würden dabei die vom Vorstand behaupteten 45 Minuten als Massstab angelegt werden, wäre der Zeitpunkt für Unmutskundgebungen der betroffenen Bediensteten näher als der Vorstand vermutet", so Dörfler abschliessend. (ff)

ÖGB, 4. Mai 2000

Rückfragehinweis: Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten

Gottfried Sommer
GPF-Sekretär
Telefon (01) 512 55 11/21 Dw.

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0027 2000-05-04/08:56

040856 Mai 00

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20000504_OTS0027